

Unbegleitete junge Asylsuchende fordern Mindeststandards Seite 12

Hochschule St. Gallen plant Campus mitten in der Stadt Seite 12

Kantone gehen unterschiedlich mit Sozialhilfekosten um Seite 13

Westschweizer Kantone wollen Stromnetz-Aktien kaufen Seite 13

## Aufwachsen in der Konsumwelt

Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen stellt Forderungen zum Thema Konsum

Kinder des neuen Jahrtausends wachsen mit Smartphones und Online-Shopping auf. Konsum ist allgegenwärtig. Laisser-faire oder verbieten? Ein Bericht beleuchtet Ansätze zwischen Selbstbestimmung und Manipulation der jungen Konsumenten.

Nadine Jürgensen, Bern

«Das will ich aber!» – Eltern kennen die Szenen in der «Quengelzone»: Der enge Couloir beim Anstehen an der Kasse, rechts und links gespickt mit bunten, süßen Verführungen für die Kleinsten, ist wie gemacht für filmreife Tobsuchtszenen. Und jetzt? Liegt es in der Verantwortung der Eltern, ihren Kindern beizubringen, dass sie nicht alles haben können, was sie möchten? Oder ist es vielmehr in der Macht der Anbieter, familienfreundliche und somit stressfreie Kassen ohne verlockende Süßigkeiten anzubieten?

### Eltern in der Pflicht

Kinder und Jugendliche sind in vielfältigen Situationen dem Konsum ausgesetzt. Besonders weil sie Zielgruppe von Werbung sind, wird immer wieder kritisiert, dass Kinder manipuliert werden. Aber auch die Verschuldung von Jugendlichen wird oft dem Konsum zur Last gelegt (tatsächlich aber sind Krankenkassenkosten und Steuern weit öfter der Grund). Eltern und Pädagogen – selbst als Erwachsene teilweise überfordert mit der Angebotsvielfalt unserer Konsumwelt – sind deshalb oft ratlos, wenn es um das Thema Kinder, Jugend und Konsum geht. Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) hat sich deshalb in den vergangenen zwei Jahren vertieft mit diesem Thema befasst und dazu am Montag einen 80-seitigen Bericht mit dem Titel «Selbstbestimmt oder manipuliert?» vorgestellt. Darin kommen Experten aus dem Bereich des Marketing, aus dem Konsumentenschutz, der Präventionsarbeit und der Wissenschaft zu Wort. Ein einfaches Rezept für ein gedeihliches Aufwachsen in der Konsumwelt kennt freilich auch die EKKJ nicht.

Zur eingangs gestellten Frage, wie nun die «Quengelzone» am besten zu passieren sei und wer nun hier zur Verantwortung gezogen werden sollte, fordert die EKKJ ein Sowohl-als-auch. Denn zum einen seien es die Eltern, die ihren Kindern Selbstvertrauen, die Fähigkeit zu Belohnungsaufschub und Selbstkontrolle mitgeben sollten. Dies schütze die Kinder vor Versuchung. Zum andern fordern die Autoren aber



Für den verantwortlichen Umgang mit Geld gehört auch dazu, es selber einteilen und ausgeben zu dürfen.

ANNICK RAMP / NZZ

auch ganz klar Selbstrestriktion der Anbieter und Marketingabteilungen.

### «Am Ende des Monats . . .»

Die Kommission stellt Forderungen an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die hier summarisch wiedergegeben werden sollen: Zum einen müssten Kinder praktisch den Umgang mit Geld lernen dürfen. Damit nimmt sie hauptsächlich die Eltern in die Pflicht, den Kindern als Vorbild und Ratgeber zu dienen. Wichtig sei es besonders, mit den Kindern über den Umgang mit Geld und Konsum zu sprechen. Es sei nach wie vor

kein Thema, das die Eltern mit ihren Kindern gerne besprächen. Klassisch biete sich nach wie vor das eigene Taschengeld an, damit die Kinder auch in der Praxis das Konsumieren erlernen könnten. Andere Erfahrungsmöglichkeiten seien die Klassenkasse in der Schule, ein gemeinsames Familienbudget für grössere Anschaffungen oder der Jugendlohn (siehe Zusatztext).

Kinder und Jugendliche seien ein interessantes Zielpublikum für die Werbung. Ein Kind im Alter von zehn Jahren kenne 300 bis 400 Markennamen. Die Kinder völlig abschotten von der Konsumwelt will die mehrheitlich links-

lastige Kommission für Kinder- und Jugendfragen zwar nicht, aber sie verlangt ein Verbot von «schädlicher Werbung», die beispielsweise stark fett-, zucker- oder salzhaltige Lebensmittel anpreist. Schulen, Kindergärten und Krippen will die Kommission zudem zur werbefreien Zone erklären.

### « . . . sollte Geld übrig sein »

Wissen zu Konsum- und Finanzfragen zu vermitteln, sei eine wichtige Aufgabe auch für die Schulen. Oft seien Jugendliche mit dem 18. Geburtstag überfordert, wenn sie plötzlich Steuern zahlen müssten, die Krankenkasse teurer werde und sie rechtlich Verträge eingehen dürften. Deshalb plädiert die EKKJ dafür, strukturelle Schuldenfallen zu beiseitigen. Das könnte laut dem Bericht heissen, dass die Steuern direkt vom Lohn abgezogen werden, so wie die Beiträge für die AHV und die Arbeitslosenversicherung.

Kinder und Jugendliche seien nicht mehr verschuldet als Erwachsene auch, so der Bericht. Aber in gewissen Lebenssituationen, beispielsweise beim Auszug, bei der Heirat oder der Geburt eines Kindes seien insbesondere junge Erwachsene gefährdet, sich zu verschulden. Hier müssten bessere Kompetenzen vermittelt werden.

### Umgang mit Geld lernen – dank Jugendlohn

Jü. · Ein Modell, das in der Schweiz zurzeit von Fachleuten als Möglichkeit empfohlen wird, nennt sich Jugendlohn. Das Prinzip ist einfach: Jugendliche erhalten – empfohlen wird der Beginn mit 12 Jahren – einen fixen monatlichen Betrag, von dem sie grössere Teile ihrer Lebenskosten selbstverantwortlich finanzieren. Im Jugendlohn enthalten sind alle Bereiche, für welche die Eltern dem Kind die Kompetenzen übergeben. Damit wird die Verantwortung zwischen Eltern und Jugendlichen geregelt für die notwendigen Lebenskosten der Jugend-

lichen (Kleider, Coiffeur, Velo, Handy, Sport, Freizeit usw.) Der Jugendlohn entspricht nur den Kosten, die der Familie ohnehin entstehen. Er soll den bisherigen Ausgaben der Eltern für das Kind sowie dem Lebensstandard und dem Familienbudget entsprechen und eignet sich deshalb für alle Einkommensklassen. Der Erfinder Urs Abt hat mit verschiedenen Partizipanten, darunter die Müller-Möhl Foundation und Pro Juventute, einen Verein gegründet. Weitere Informationen finden sich auf der Website [www.jugendlohn.ch](http://www.jugendlohn.ch).

## «Alle müssen mehr tun»

Bundesrätin Doris Leuthard begrüsst den neuen Uno-Klimabericht

Die Wissenschaft hat die Arbeit getan, nun ist die Politik an der Reihe: Bundesrätin Leuthard erachtet den neuen Klimabericht als äusserst relevant. Wie er die Schweizer Politik verändern wird, verrät sie aber noch nicht.

hof. Bern · Während fünf Jahren haben Hunderte von Wissenschaftlern am neuen Uno-Klimabericht gearbeitet. Teile davon waren bereits im Laufe der letzten Monate erschienen. Am Sonntag wurde die Synthese des Berichts publiziert. Dies ist die Zusammenfassung der Zusammenfassungen. Denn der Weltklimarat, der für die Abfassung des Berichts zuständig ist, forscht nicht selber,

sondern er trägt die Forschungsergebnisse aus allen für die Frage des Klimawandels relevanten Disziplinen zusammen. Die Synthese, die in ihrer kürzesten Fassung 40 Seiten umfasst, dient den Politikern als Grundlage für ihre klimapolitischen Entscheidungen.

Für Bundesrätin Doris Leuthard kommt die Synthese des Klimaberichts gerade zur rechten Zeit, wie sie am Montag in Bern sagte. In der dortigen Universität stellten Wissenschaftler die Hauptaussagen des Berichts der Öffentlichkeit vor. Im Dezember würden sich in Peru einmal mehr Minister an der Uno-Klimakonferenz treffen, sagte Leuthard: «Der neutrale und objektive Klimabericht gibt uns vor, was wir tun sollen.» Der Bericht sei für Politiker äusserst relevant. Er zeige auf, dass alle

mehr tun müssten als bisher, um zu verhindern, dass die globale Erwärmung bis Ende des Jahrhunderts über zwei Grad steige. Auf dieses sogenannte 2-Grad-Ziel hat sich die Staatengemeinschaft geeinigt.

Leuthard liess sich aber nicht in die Karten blicken, ob auch die Schweiz bereit ist, mehr zu tun. Gemäss CO<sub>2</sub>-Gesetz muss die Schweiz ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 Prozent im Vergleich zu 1990 senken. Im Raum steht nun etwa die Forderung, das Reduktionsziel bis 2020 auf 40 und bis 2030 auf 60 Prozent zu erhöhen. Die EU formulierte soeben ein neues Reduktionsziel: Sie beabsichtigt, die Treibhausgas bis 2030 um 40 Prozent zu senken.

In früheren Jahren lehnte sich die Schweiz bei ihren Klima-Entscheidun-

gen oft an die EU an. Darauf angesprochen meinte Leuthard aber, dass sie gegenüber solchen Prozentzahlen «immer etwas skeptisch» sei. Man könne die Situation in der EU nicht einfach mit derjenigen der Schweiz vergleichen. So sei der Pro-Kopf-Ausstoss von Treibhausgasen in der Schweiz tiefer als in der EU. Die Schweiz werde allfällige neue Reduktionsziele spätestens im ersten Quartal 2015 bekanntgeben, sagte Leuthard. Diese Deadline ist von der Staatengemeinschaft vorgegeben. Denn Ende 2015 soll in Paris ein neuer Klimavertrag ausgehandelt werden. Dafür wolle sich die Schweiz weiterhin engagieren, sagte Leuthard. Wichtig sei, dass der Vertrag rechtlich bindend sei und dass alle Staaten in seine Verpflichtungen mit einbezogen würden.

## Bilateraler Weg bleibt prioritär

Kommission auf Bundesratskurs

Die zuständige Kommission des Nationalrats ist mit dem Mandat des Bundesrates zur Neuverhandlung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU einverstanden, gibt aber eine zusätzliche Empfehlung ab.

flj. Bern · Nach der Aussenpolitischen Kommission (APK) des Ständerates hat sich am Montag auch die Schwesterkommission des Nationalrates einstimmig für den Mandatsentwurf des Bundesrates zur Neuverhandlung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU ausgesprochen. Er ist Bestandteil der Umsetzungsarbeiten zur Masseneinwanderungsinitiative. Das Mandat enthalte drei Ziele, wovon zwei erste Priorität hätten: die selbständige Steuerung der Zuwanderung sowie der Erhalt der bilateralen Verträge mit der EU, sagte Kommissionspräsident Carlo Sommaruga (sp., Genf) vor den Medien in Bern. Das dritte Ziel sei der Schutz des inländischen Arbeitsmarktes auf dem mindestens gleichen Niveau wie heute.

Für längere Diskussionen sorgte gemäss Sommaruga die Frage der Priorisierung der beiden Hauptziele. Die Steuerung der Zuwanderung sei höher zu priorisieren als der Erhalt der bilateralen Verträge, forderten die SVP-Vertreter in der Kommission. Damit bekräftigten sie ihre Haltung, der bilaterale Weg sei nicht um jeden Preis zu verteidigen. Ihr Antrag wurde jedoch mit 16 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Zusätzlich fordert die APK vom Bundesrat, die «Anliegen des Forschungs- und Innovationsstandortes Schweiz» in den Verhandlungen zu berücksichtigen, so dass die Teilnahme der Schweiz als gleichberechtigter Staat an «Horizon 2020» ab 2017 wieder möglich werde. Dieser Antrag aus den Reihen der SP obsiegte mit 12 zu 7 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Er hat allerdings lediglich den Charakter einer Empfehlung, da die Kommission am Mandat selber nichts verändern kann.

Nach dem Ja der beiden Kommissionen wird sich am 19. Dezember noch die Konferenz der Kantonsregierungen zum Verhandlungsmandat äussern. Danach wird der Bundesrat sein definitives Mandat verabschieden. Ob Brüssel seinerseits bereit ist, überhaupt zu verhandeln, ist nach wie vor offen.

Nicht nur die institutionelle Politik versucht, die Bilateralen zu retten. Mehrere proeuropäische Organisationen wollen am Mittwoch in Bern das weitere Vorgehen besprechen. Mit dabei sind die Initianten des Aufrufs «Schweiz in Europa». Dieser war von gut 100 Personen vor allem aus Wissenschaft und Politik lanciert worden. Nach zwei Wochen haben gemäss Initianten bereits über 2000 Personen unterschrieben.

ANZEIGE

Bau Holz Energie Messe

[bauholzenergie.ch](http://bauholzenergie.ch)

13. bis 16. November 2014  
BERNEXPO Bern



[www.bauholzenergie.ch](http://www.bauholzenergie.ch)